Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 45 Dienstag, den 16. April 1929 42. Jahrgang

Nochmals: Unannehmbar!

Memorandum der alliierten Sachverständigen. — Werden die Forderungen veröffentlicht? — Die Phantasiezahlen sind geblieben. — Owen Young schweigt.

Paris, 14. April.

Gestern mittag fand nach einwöchentlicher Pause wieder eine Vollsitzung der Reparationssachverständigen statt, in der die Alliierten eine Denkschrift vorlegten, die das Ergebnis ihrer langwierigen Beratungen darstellt. Im Anschluß an die Bekanntgabe der Denkschrift entspann sich eine anderthalbstündige lebhafte Debatte. Man sprach u. a. auch darüber, ob die Denkschrift veröffentlicht werden soll. Die deutschen und französischen Vertreter sprachen sich für die Veröffentlichung aus, doch konnte noch keine Einigung hierüber herbeigeführt werden. Erst am Montag wird in einer Vollsitzung ein Beschluß über die Veröffentlichung gefaßt.

Hierzu verlautet noch, daß die Denkschrift nicht an die deutsche Delegation gerichtet war und auch kein Ultimatum vorstellt. Ferner wird betont, daß der amerikanische Delegierte Owen Young in keiner Weise seine Zustimmung zu dem alliierten Memorandum gab. Die in dem Memorandum genannten Ziffern liegen, wie versichert wird, nicht viel niedriger als die, die in voriger Woche von den Alliierten verlangt wurden. Sie sind sogar noch höher als die Zahlen, die gestern von der französischen Presse genannt worden sind.

Unter diesen Umständen kann kein Zweifel daran sein, daß auch die neuen Vorschläge der Alliierten von deutscher Seite abgelehnt werden. Schon die französische Presse nannte Jahreszahlungen von 1.7 Milliarden, die sich innerhalb 37 Jahren auf 24 Milliarden steigern sollten. Zu den dann folgenden 21 Jahren sollten wieder 1.7 Milliarden entrichtet werden. Auch diese Zahlen sind für Deutschland undiskutabel und wenn nun gar die Ziffern noch höher sind, dann ist auf eine Einigung nicht zu hoffen.

Als wesentliches Moment muß jedoch hervorgehoben werden, daß der amerikanische Delegierte Owen Young offenbar ziemlich deutlich von den alliierten Forderungen abrückte. Auf diese Weise schaffte er sich die Möglichkeit, eine Vermittlung anzubahnen. Hier dürfte sich der einzige Ausweg zeigen, um die Reparationskonferenz vor dem Scheitern zu bewahren.

Beratung in Washington.

Hoover, Mellon und Stimson besprachen die Denkschrift.

Neuyork, 14. April.

Präsident Hoover besprach eingehend mit dem Staatssekretär des Aeußern Stimson und dem Sekretär des Schatzamtes Mellon die von den alliierten Sachverständigen in Paris überreichte Denkschrift. Sie erörterten auch die möglichen Auswirkungen der Denkschrift.

Wie weite Finanzkreise Amerikas über das Ergebnis der Pariser Verhandlungen denken, zeigt u. a. ein Leitartikel des Journal of Commerce, in dem treffend ausgeführt wird: Man könne, ganz gleich wie auch der technische Ausgang in Paris sein möge, die Konferenz als ausgesprochenen Mißerfolg bezeichnen. Es ist bemerkenswert, daß das Journal of Commerce auch mit dem Bericht Parker Gilberts scharf abrechnet. Niemand in Deutschland habe diesen Bericht akzeptiert, und durch die Analyse Dr. Schachts seien heute auch die meisten Außenstehenden davon überzeugt, daß dieser Bericht nicht zu rechtfertigen sei. So wie die Dinge jetzt lägen, müsse Deutschland, wenn es weiter bezahlen solle, im Auslande weiter borgen.

Noch 14 Tage?

Der „Intransigeant" will aus Kreisen der italienischen Sachverständigen erfahren haben, daß man noch mit einer etwa 14tägigen Dauer der Sachverständigenkonferenz rechnet.

Die neuen Minister ernannt.

Guerard, Stegerwald und Wirth.

Berlin, 14. April.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Koch-Weser auf seinen Antrag aus dem Amt des Reichsministers der Justiz entlassen und den Reichsminister a. D. von Guérard, M. d. R., zum Reichsminister der Justiz ernannt. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den preußischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Stegerwald, M. d. R., zum Reichsverkehrsminister und den Reichskanzler a. D. Dr. Wirth zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannt.

Theodor von Guérard

wurde am 29. Dezember 1863 in Koblenz geboren, studierte Rechts- und Staatswissenschaft an den Universitäten Freiburg, Bonn und Berlin. Von 1898 bis 1905 war er als Landrat des Kreises Monschau tätig. Seit 1920 gehört v. Guérard als Mitglied der Zentrumspartei dem Reichstag an, deren Fraktionsvorsitz er an Stelle von Marx bis 1928 innehatte. Im Kabinett Müller von 1928 übernahm er das Reichsverkehrsministerium, aus dem ihn das Zentrum bekanntlich zurückzog.

Dr. Josef Wirth,

geboren am 6. September 1879 in Freiburg i. Breisgau, studierte Mathematik, Naturwissenschaften und Nationalökonomie. Er war 1918 badischer Finanzminister, 1920 Reichsminister der Finanzen, 1921 bis 1922 Reichskanzler.

Dr h. c. Adam Stegerwald

wurde am 14. Dezember 1874 in Greußenheim bei Würzburg geboren, wo er nach Absolvierung der Volksschule zunächst das Schreinerhandwerk erlernte. 1899 gründete er den Christlichen Holzarbeiterverband und war bis 1903 dessen Vorsitzender, von da ab Leiter des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften und seit 1919 zugleich Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von 1917 bis Kriegsende war Stegerwald Mitglied des Preußischen Herrenhauses, von 1919 bis November 1921 preußischer Ministerpräsident. Seit Januar 1929 führt er den Vorsitz der Zentrumsfraktion, nachdem der Parteivorsitz bekanntlich nicht ihm, sondern dem Prälaten Kaas zugefallen war. Seit er Fraktionsvorsitzender ist, hat er seine gewerkschaftlichen Aemter niedergelegt. Seine Ernennung zum Minister wird jetzt wieder einen Wechsel im Fraktionsvorsitz des Zentrums notwendig machen.

Amtseinführung Dr. Bumkes.

Eine Rede Dr. Koch's-Weser.

Leipzig, 14. April.

In Leipzig fand gestern die feierliche Amtseinführung des neuen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke statt, der das höchste deutsche Richteramt als Nachfolger des zurückgetretenen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons übernimmt. Bei der Einführung richtete Reichsjustizminister Dr. Koch-Weser als seine letzte Amtshandlung etwa folgende Worte an Dr. Bumke:

Es sei für ihn eine hohe Ehre, die feierliche Handlung der Amtseinführung des höchsten deutschen Richters vornehmen zu dürfen. Er freue sich, daß ihm diese Aufgabe als seine letzte Amtshandlung anvertraut worden sei. Für die Ernennung des neuen Reichsgerichtspräsidenten trage er die Verantwortung. Die Erfahrungen, die Dr. Bumke bei der Gestaltung von Gesetzen gewonnen habe, werde ihn bei ihrer Auslegung und Anwendung leiten. Er werde, davon seien alle überzeugt, **ein deutscher, ein unabhängiger und ein gerechter Richter sein.** Er, der Reichsjustizminister, wolle das Wort „deutscher Richter" nicht verstanden wissen in dem Sinne, daß der Reichsgerichtspräsident Richter des Reiches im Gegensatz zu den Richtern der Länder sei. Seine Ueberzeugung davon, daß es für die deutsche Justiz förderlich sein würde, wenn wir nicht nur Reichsrecht, sondern auch Reichsrichter hätten, sei bekannt. Die Unabhängigkeit des Richters entspreche dem Geist der Weimarer Verfassung.

Die Freiheit des Bürgers beruhe auf der Unabhängigkeit des Richters

und diese wiederum auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Der Grundsatz der Gewaltenteilung diene dem Gedanken, daß die bürgerliche Freiheit grundsätzlich unbegrenzt, die staatliche Machtsphäre dagegen begrenzt sei. Dr. Koch-Weser hob hervor, daß bei der Ernennung des höchsten Richters des Reichs von keiner Seite auch nur die leiseste Anregung zu einer parteipolitischen Besetzung dieses Amtes gekommen sei. Man habe einen Mann gesucht, der neben autoritativen Richtereigenschaften Verständnis für die Bedürfnisse und Empfindungen einer mit äußeren Nöten und inneren Problemen schwer ringenden Zeit besitze, der frei sei von Dünkel und Vorurteilen. Unter einem gerechten Richter verstehe er, Dr. Koch-Weser,

einen Richter, der alles dem Rechtsgedanken unterordne,

zugleich aber einen Richter, der weder am Buchstaben des Gesetzes hafte, noch geneigt sei, den Richterspruch souverän an die Stelle des Gesetzes zu setzen. Im Wege der Entwicklung Welt und Recht einander anzupassen, sei vor allem die Aufgabe des Richters. Des Richters höchste Ehre sei das Vertrauen des Volkes.

Um die Gewerbesteuer.

Man wartet auf die Abstimmung.

Berlin, 14. April.

Der interfraktionelle Ausschuß des Preußischen Landtages befaßte sich mit der Frage, was geschehen soll, wenn sich am kommenden Dienstag im Landtag keine Zweidrittelmehrheit für die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe finden würde. Da der Staatsrat gegen das Gesetz Einspruch erhoben hat, würde das Gesetz bei nicht ausreichender Mehrheit fallen. Eine Entscheidung traf der Ausschuß noch nicht, da er die Abstimmung abwarten will. Es ist daher noch nicht geklärt, ob die Staatsregierung eine Notverordnung erlassen wird.

Im Landtag hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei für den Fall der Annahme des Gewerbe- und Berufssteuergesetzes einen Antrag eingebracht, die Steuerzuschläge, auch soweit sie schon festgesetzt sind, entsprechend den zu erwartenden Erträgen aus der Heranziehung der freien Berufe zur Gewerbesteuer herabzusetzen; ferner für die freien Berufe eine Freigrenze von 6000 Mark festzusetzen und im Gesetze eine schärfere Abgrenzung des Begriffs der freien Berufe anzustreben.

Die Vollsitzung.

In der Vollsitzung des Preußischen Landtages wurde die Beratung des Bergetats fortgesetzt. Die Aussprache ergab keine wesentlich neuen Momente. Der Handelsminister betonte, daß Zerstörungen der Landschaft durch den Tagebau durch Aufforstungen wieder beseitigt würden. Die Abstimmungen sollen am 16. April vorgenommen werden.

Leuchtzeichen für die Abgeordneten.

Im Preußischen Landtag wird in der kommenden Woche die schon seit einigen Monaten geplante Neueinrichtung zur Einführung gelangen, wonach Abgeordnete, die am Fernsprecher verlangt werden, durch besondere Leuchtzeichen aufmerksam gemacht werden sollen. In den Wandelhallen sind an vier verschiedenen Stellen Tafeln angebracht, auf denen Nummern aufleuchten. Jedem Abgeordneten ist eine bestimmte Nummer zugewiesen worden.

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau

Die Arbeiter forderten Lohnerhöhung, die Zechen Lohnabbau.

Essen, 14. April.

In Essen fanden Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden zur Regelung der Lohnordnung des Manteltarifs und der Arbeitszeit statt. Nach einleitender Ansprache des Vorsitzenden Bergwerksdirektor Wiskott unterbreiteten die Bergarbeiterverbände ihre Lohnforderungen. Sie forderten u. a. eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Schicht für Vollarbeiter.

Nach eingehender Aussprache, in der man aber zu keinem Ergebnis gelangte, gab dann der Zechenverband seine Forderungen zur Lohnregelung bekannt, die u. a. Abbau der jetzigen Löhne um 5 v. H. vorsehen. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände lehnten die Forderungen geschlossen ab. Die Bergarbeiterverbände haben den Schlichter angerufen. Die Schlichtungsverhandlungen werden voraussichtlich am 22. April stattfinden.

Abstimmungen im Preußischen Landtag.

Anträge zum Etat des Justiz- und Finanzministeriums.

Berlin, 13. April.

Im Preußischen Landtag wurde am Freitag über die vorliegenden Anträge zu den Haushalten des Justiz- und Finanzministeriums abgestimmt. Dabei fanden Anträge Annahme, die u. a. die Einschränkung der Eidesleistung, Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens im Strafprozeß, eine Reform der Untersuchungshaft fordert.- Angenommen wurde ferner der Antrag der Wirtschaftspartei, wonach der Rechtsanwalt als Berater und Vertreter von jedem Gericht und jeder Behörde anerkannt werden soll. Abgelehnt wurde dagegen der Antrag der gleichen Partei auf Zulassung der Rechtsanwälte zur Vertretung vor den Arbeitsgerichten. Ablehnung fand ferner, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 31 Stimmen, der Antrag, das Höchstalter der Richter auf 68 Jahre vermittels eines neuen Gesetzes festzulegen.

Die beim Haushalt des Finanzministeriums angenommenen Anträge verlangen u. a. einen Gesetzentwurf, der die Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger regelt, sowie Beschränkung der Reisen staatlicher und kommunaler Beamten für die dringlichsten Fälle verlangt. Damit waren die Abstimmungen zum Haushalt des Finanzministeriums und Justizministeriums beendet.

Die Aenderung des Kirchensteuerrechts.

Preußischer Landtag über den Bergbau.

Berlin, 13. April.

Der Preußische Landtag verabschiedete am Freitag ohne wesentliche Aussprache die Gesetzesentwürfe zur Aenderung des Kirchensteuerrechts der evangelischen Landeskirchen sowie der katholischen Kirchengemeinden und Gemeindeverbände in der dritten Lesung und der Schlußabstimmung.

Darauf wurde die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Haushalts der Bergverwaltung fortgesetzt. Hierzu war von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Splitterparteien ein Antrag eingegangen, wonach in den diesjährigen Haushalt der Bergverwaltung eine Statsbeihilfe in Höhe von 1 400 000 Mark eingesetzt werden soll. Diese soll für den notleidenden Eisenbergbau des Sieg-, Lahn- und Dillgebietes verwendet werden, und zwar in der Weise, daß ein Zuschuß bis zur Höhe von 50 Pfennigen je Tonne des ab 1. April 1929 abgesetzten Eisenerzes gewährt werden soll.

Verhandlungen statt Streik.

Vorläufig keine akute Gefahr bei der Reichsbahn.

Dresden, 12. April.

Der Bezirksvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands für den Reichsbahndirektionsbezirk Sachsen hat unter Beteiligung der Bevollmächtigten aus ganz Sachsen zu dem Beschlusse der Spitzenorganisation, nochmals einen Verständigungsversuch zu unternehmen, Stellung genommen. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung wird erwartet, daß die neuen Verhandlungen schnellstens abgeschlossen werden. Die geschäftsführende Bezirksleitung wird beauftragt, den Verbandsvorstand in Berlin nachdrücklichst auf die in Sachsen bestehende äußerst gespannte Lage aufmerksam zu machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290416-10/fragment/page=0001

Die Reichsregierung vermittelt in Neustrelitz.

Die Regierungskrise.

Berlin, 13. April.

Amtlich wird mitgeteilt: „Die Regierungskrise in Mecklenburg-Strelitz hat die Gefahr des Eintritts eines regierungslosen, den Vorschriften der Reichsverfassung nicht entsprechenden, Zustandes herbeigeführt. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, den Ministerialrat Dr. Hänßchel nach Neustrelitz zu entsenden, um zunächst im Wege vermittelnden Eingreifens eine Regierungsbildung zustandezubringen.

Ministerialrat Hänßchel hat die Verhandlungen mit den Regierungsparteien des Strelitzer Landtages aufgenommen. Der Landtag hat sich daraufhin, ohne Beschlüsse zu fassen, auf Montag vertagt."

Zum Gedenktag

Heute vor einem Jahre fand der sogenannte Ost-West-Flug Europa—Amerika statt, der in der ganzen Welt große Begeisterung hervorrief.

Zusammenschluß der Luftfahrt-Industrie.

Eigene Richtlinien für die Streichungen geplant.

Berlin, 12. April.

Die deutsche Luftfahrtindustrie hat sich bei einer Zusammenkunft in Berlin zu einem Verband zusammengeschlossen. Dem Verbande gehören folgende Firmen an: Albatros, Arado, Bayerische Flugzeugwerke, Bayerische Motorenwerke, Dornier, Focke-Wulf, Heinkel, Junkers Flugzeugwerk und Motorenbau, Leichtflugzeugbau Klemm, Raab-Katzenstein, Rohrbach, Siemens und Halske Flugmotorenwerk.

Zu der von der Reichsregierung beabsichtigten Streichung erheblicher Mittel für die Unterstützung der deutschen Luftfahrt wurde bei der gleichen Zusammenkunft eine Vereinbarung getroffen, wonach die deutsche Luftfahrtindustrie ihrerseits Richtlinien ausarbeiten will, die der Notwendigkeit zum Sparen am Reichshaushalt entgegenkommen, aber trotzdem die Möglichkeit einer deutschen Luftpolitik zeigen sollen.

Dr. Eckener hat noch nicht alle Hoffnung aufgegeben.

In einer Besprechung mit Staatsrat Dr. Rau, dem Vertreter der württembergischen Regierung, hat sich Dr. Eckener eingehend über die von der Reichsregierung beabsichtigten Streichungen am Luftetat ausgesprochen. Er erklärte, daß er noch nicht alle Hoffnung aufgegeben habe, da die beabsichtigten Streichungen sich auf den Zeppelin-Bau, die technische Förderung des Luftverkehrs und den öffentlichen Luftverkehr verteilen würde. Unter diesen Umständen bestände die Möglichkeit, daß ein großer Teil des Reichszuschusses für den Luftschiffbau gerettet werden könne. Allerdings sei auch ein noch so geringer Abstrich für den Luftschiff-Bau untragbar, da die Gesamtsumme von 4 Millionen vom Reich und 2 Millionen vom württembergischen Staat unbedingt benötigt würden.

Polizeiskandal in London.

Rußland ist mit im Spiele.

London, 14. April.

Die vor Tagen plötzlich entdeckten Unregelmäßigkeiten der Londoner Kriminalpolizei haben sich im Verlauf der weiteren Untersuchungen tatsächlich als recht wesentlich erwiesen.

Irgendwelche amtliche Angaben, welcher Vergehen sich zwei inzwischen vom Dienst beurlaubte Detektive der politischen Geheimpolizei schuldig gemacht haben, fehlen einstweilen noch. Die anhaltenden Konferenzen des Chefs der Londoner Polizei mit den führenden Persönlichkeiten im Polizeipräsidium und die nichtamtlich bekannt gewordenen Mitteilungen lassen jedoch kaum einen Zweifel, daß tatsächlich wichtige

Nachrichten aus dem Kriegsministerium an eine ausländische Macht weitergeleitet

wurden. Amtlich ist Rußland in diesem Zusammenhang noch nicht genannt worden, doch ist so gut wie sicher, daß die Nachrichten an russische Stellen gingen. In der englischen Oeffentlichkeit hat dieser Vorfall nach dem erst kurze Zeit zurückliegenden Polizeiskandal wegen Bestechlichkeit beträchtliches Unbehagen hervorgerufen. Die Untersuchung in der ganzen Angelegenheit wird fieberhaft durchgeführt.

Kabinett Switalski.

Vor einer Verschärfung der Diktatur.

Warschau, 14. April.

Als neue Mitglieder des polnischen Kabinetts wurden ernannt: Der bisherige polnische Gesandte in Budapest Matuszewski zum Finanzminister, Oberst Prystor zum Arbeitsminister und Oberst Barner zum Postminister. Die übrigen Mitglieder mit Ausnahme von Bartel verbleiben in dem neuen Kabinett.

Der neue polnische Ministerpräsident Dr. Kasimir Switalski war früher Sekretär des jetzigen Marschalls Pilsudski. Zu Beginn des Krieges wurde er zum Militärdepartement der polnischen Legionen nach Petrikau abkommandiert, wo er Vertrauensmann Pilsudskis war. Im neuen polnischen Staat übernahm Switalski das politische Referat beim Staatschef Pilsudski. Als der Marschall sein Amt niederlegte, zog sich auch Dr. Switalski zurück. Er spielte bei der Gründung des jetzigen Regierungsblocks eine hervorragende Rolle und übernahm schließlich im Kabinett Bartel das Amt des Kultusministers. Seiner ganzen Vergangenheit nach gehört Switalski zu den ersten Anhängern des Marschalls Pilsudski und bekennt sich zu den politischen Anschauungen der sogenannten Oberstengruppe. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten ist gleichbedeutend mit einer Verschärfung der Diktatur.

Belgrad bildet Komitatschis aus.

Was „Gironale d'Italia" enthüllte.

Rom, 14. April.

Das „Giornale d'Italia" setzt die Enthüllungen vom vorigen November fort, die den Zweck haben, kriegerische Vorbereitungen Südslawiens nachzuweisen.

Diesmal richten sich die Angriffe des halbamtlichen italienischen Blattes gegen den südslawischen Generalstab und die Komitatschi-Verbände. Das Blatt veröffentlicht eine Geheimvorschrift, die, wenn sie echt ist, die engen Zusammenhänge zwischen dem südslawischen Generalstab und den illegalen Kampfverbänden beweisen würde. Gaida, der Chefredakteur des „Giornale d'Italia" erklärt, daß es sich um

ein echtes Schriftstück des Belgrader Generalstabes

handelt. Der ausführliche Inhalt ist eine bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete Vorschrift für die Zusammenstellung, Ausbildung und Verwendung der Komitatschi-Verbände. Ihre Aufgabe soll vornehmlich die sein, Schrecken in Feindesland und Demoralisierung bei den Gegnern zu verbreiten;

Blut und Zerstörung sollen die Gegenden kennzeichnen,

in denen die Komitatschi tätig gewesen sind. Die Komitatschi sollen aus den Militärschulen und Truppenteilen aller Waffengattungen durch geschickte Propaganda angeworben werden. Sie sollen eine außerordentlich sorgfältige Ausbildung, die unter der Aufsicht des Kriegsministeriums erfolgt, erhalten. Es wird genau vorgeschrieben, wie die Komitatschi durch Propaganda und Terror ihr Ziel zu verfolgen und wie sie sich taktisch zu benehmen haben. Die Gesamtausbildung dauert ein Jahr über die aktive Militärzeit hinaus. „Giornale d'Italia zieht daraus die Schlußfolgerung, daß diese Tatsachen die Beziehungen Italiens zu Südslawien, und überhaupt aller Nachbarländer zu Südslawien, beeinflussen müsse, da daraus hervorgehe, daß Belgrad den Krieg gegen alle Nachbarn systematisch vorbereite.

*

Diese „Enthüllungen" hängen zweifellos mit dem Besuch des italienischen Staatssekretärs Grandi in Tirana zusammen, der wohl für Achmed Zogu neue Millionenkredite und neue — enge Bindungen zu Mussolini bringen wird. Vielleicht will man durch die Komitatschi-Enthüllungen etwaigen Belgrader Protesten zuvorkommen.

Im Namen des Vizekönigs.

Das Gesetz für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit in Kraft.

London, 14. April.

Durch eine Veröffentlichung des Vizekönigs von Indien wird die der gesetzgebenden Versammlung vorliegende Gesetzesvorlage für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit in Kraft gesetzt. Der Kampf gegen die ausländische Propaganda jeder Art in Indien wird nunmehr mit Nachdruck beginnen.

Sir John Simon sandte von Bombay aus, wo sich die Simon-Kommission nach England einschiffte, ein Telegramm an den Vizekönig, worin er im Namen der Kommission den Dank für die zahllosen Beweise des Entgegenkommens und der Freundschaft aus vielen Kreisen ausspricht. Der erste Abschnitt der Arbeiten der Kommission sei beendet. Sie trete nunmehr in das nächste Stadium ein mit dem vermehrten Wunsch, ihr Teil an einer glücklichen Zukunft und guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Indien beizutragen. Das arbeiterparteiliche Mitglied der Kommission, Hartshorn, erklärte, er hoffe, daß die Arbeiten der Kommission die Grundlage für eine gute Verständigung zwischen England und Indien schaffen und zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit führen würden. Schwarze Fahnen oder Bomben würden die Arbeiten der Kommission in keiner Weise beeinflussen.

Trotzki darf nicht nach Deutschland.

Reichskabinett lehnt Einreisegesuch ab.

Berlin, 13. April.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich das Reichskabinett mit der Frage der Einreise Trotzkis nach Deutschland beschäftigt. Nach eingehender Prüfung aller Umstände hat das Kabinett beschlossen, dem Gesuch Trotzkis nicht stattzugeben.

Maßgebend für die Ablehnung des Gesuches Trotzkis dürfte vor allen Dingen die Erwägung gewesen sein, die guten Beziehungen zu Sowjetrußland durch die Folgen, die möglicherweise durch den Aufenthalt Trotzkis in Deutschland entstehen könnten, nicht zu trüben. Fest steht auch, daß gefühlsmäßige Gründe für die Entscheidung nicht ausschlaggebend gewesen sind. Im übrigen wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Trotzki von der Türkei die Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden ist und daß er sich nach Lage der Dinge in der Türkei durchaus wohlfühlt.

General Feng abgesetzt.

Der neue chinesische Kriegsminister Litschulin.

Peking, 14. April.

Die Nankingregierung veröffentlicht eine Erklärung über ihr Verhältnis zu General Feng. General Feng habe in der letzten Zeit wiederholt die Anordnungen der Nankingregierung nicht erfüllt. Die Regierung sehe sich daher veranlaßt, General Feng vom Posten des Kriegsministers und des Oberbefehlshabers der 4. Armee-Gruppe abzuberufen.

Gegen Feng wird ein Verfahren eingeleitet werden wegen großen Verstoßes gegen die militärische Disziplin. Der bisherige Chef des Generalstabes, Litschulin, ist zum Kriegsminister unter Beibehaltung der Leitung des Generalstabes berufen worden und hat bereits die Pflichten des Kriegsministers übernommen. Er ist ein Vertrauensmann Tschangkaitschecks und hat in dessen Auftrage die Angriffspläne gegen die Hankautruppen ausgearbeitet.

Aus dem In- und Auslande.

Statt Reichsgründungsfeiern Verfassungsfeiern.

Berlin, 14. April. In einer kleinen Anfrage der deutschnationalen Fraktion war auf einen an den Kultusminister gerichteten Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten hingewiesen worden, in dem ersucht worden war, um künftig die sogenannten Reichsgründungsfeiern am 18. Januar zu unterbinden, dem Geist der Neuzeit und der Republik entsprechende Verfassungsfeiern der Hochschulen auf den 11. August zu setzen. Auf die Frage, ob tatsächlich ein solcher Erlaß ergangen sei, hat der preußische Ministerpräsident in bejahendem Sinne geantwortet.

Tschitscherin in Wiesbaden. Der russische Außenkommissar Tschitscherin ist zum Abschluß seiner Kur in Wiesbaden eingetroffen und in dem Hotel „Zu den vier Jahreszeiten" abgestiegen.

Der deutsche Botschaftsrat in Madrid in einer Pariser Klinik gestorben. Nach einer aus Paris eingetroffenen Meldung ist der Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Madrid, Freiherr von Vielinghoff, der auf der Durchreise nach einem Kurort in Paris erkrankte, in einer Pariser Klinik verstorben.

Ministerpräsident Braun wieder in Berlin. Der preußische Ministerpräsident Braun ist von seinem Erholungsurlaub nach Berlin zurückgekehrt und übernimmt am Montag die Amtsgeschäfte wieder.

Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten im Vatikan. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat sich in Begleitung des Geheimen Rates Freiherrn v. Stengel für mehrere Tage nach Rom begeben, um dem Papst zur Feier seines Goldenen Priesterjubiläums seine Glückwünsche darzubringen.

Die Beschwerde der sechs oberschlesischen Steiger kommt vor den Völkerbundsrat.

Genf, 14. April. Im Sekretariat des Völkerbundes ist eine neue Beschwerde aus Oberschlesien eingetroffen, in der sechs oberschlesische Steiger die polnischen Behörden wegen unberechtigter Entziehung der Berufsbefähigung anklagen. Die Beschwerde ist vom Generalsekretär des Völkerbundes auf die Tagesordnung der Junitagung des Völkerbundsrates gesetzt worden.

Die englische Abordnung hat Rußland verlassen.

Kowno, 14. April. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat nun auch die letzte Gruppe der englischen Abordnung Moskau verlassen und sich nach London begeben. Die Abordnung will zwei Tage in Berlin bleiben und vorläufig mit deutschen Wirtschaftskreisen Fühlung nehmen. Der allgemeine Eindruck der Abordnung ist der, daß die Sowjetregierung keine großen Bestellungen bei der englischen Industrie aufgeben will ohne die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und London.

Der zehnmonatige finnische Hafenarbeiterstreik zu Ende.

Kopenhagen, 14. April. Nach Meldungen aus Helsingfors haben sich die Parteien in dem Hafenarbeiterstreik auf einen vom Handelsminister eingebrachten Schiedsvorschlag geeinigt, der eine Erhöhung der Arbeitslöhne um 12,5 bis 25 v. H. vorsieht. Die Arbeit soll am 16. April aufgenommen werden. Der Streik hat fast zehn Monate gedauert.

Aus der Umgegend

Nebra, 16. April.

— **Der Frühling ist da,** es ist nicht mehr daran zu zweifeln, wenn auch die Temperatur noch nicht derart sich gesteigert hat, daß man die Winterkleidung mit der leichteren Sommergarderobe vertauschen darf. Wer am Sonntag einen Spaziergang ins Freie unternommen hat, der konnte beobachten, wie die Natur sich entstrengt, den harten Winter vergessen zu machen, wie die Saaten in zartestem Grün emporsprießen, wie Bäume und Sträucher dicke Knospen zeigen und zur Blüte treiben, ja wie an den Grabenrändern bereits Blümchen, zwar noch schüchtern, zum Licht drängen und den Menschen anflehen: bitte, bitte, pflücke mich nicht, gönne mir das kurze Dasein, ich möchte noch andere Menschen mit meiner Blütenpracht erfreuen. — Am meisten erfreut ist wohl Familie Lampe über den Einzug des Frühlings. Garnicht schüchtern taumeln sich die Langohren in der grünen Saat, knappern in aller Ruhe die schönsten Halme heraus, als wäre dieser reich gedeckte Tisch einzig und allein für sie da. Und der Wanderer stört sie bei ihrem Mahl nicht, er freut sich mit ihnen, denn nur zu gut wissen wir ja alle, daß die lieben Tiere eine schwere Zeit hinter sich haben. — So sehen wir überall den Frühling erwachen, er kommt mit Macht, und da er diesmal voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein wird, sollten die Menschen jede freie Stunde ausnutzen, um ihn zu genießen in Feld und Wald. Aber lieber Leser, das große Frühlingswunder kannst du nicht miterleben, wenn du im Auto oder mit dem Motorrad durch die Lande eilst, — zu Fuß mußt du gehen, langsamen Schrittes, und mit den Blumen dich unterhalten, mit jedem Käfer, der den Weg kreuzt, ein Gespräch führen. Ja nur so wird der Frühling auch in dein Herz einziehen, dich verjüngen und erheitern.

— **Bürgervereinsversammlung.** Die für Sonnabend nach dem „Weißen Roß" einberufene Versammlung des Bürgervereins war diesmal auch ohne das Lockmittel einer Bratwurst sehr rege besucht. Dafür bot die Tagesordnung Anreiz. Für unsere Stadt steht die bevorstehende Stadtverordnetenwahl im Mittelpunkt des Interesses und mit den Vorbereitungen hierfür hatte sich die Versammlung zu beschäftigen. Als Ergebnis der Besprechungen, die manchmal recht erregt waren, kann berichtet werden, daß man sich auf Aufstellung einer Einheitsliste geeinigt hat, auch geeignete Vertreter wurden bereits in Vorschlag gebracht. Als endgiltig wird die Liste allerdings noch nicht zu gelten haben und wir werden daher mit der Nennung von Namen warten.

— **Sparbüchsen.** Spare in der Zeit für die Not ... Ja kann man bei den schlechten Zeiten noch sparen? So frägt gewiß jeder Leser dieser Zeilen. Die Antwort hierauf geben die fortlaufenden Berichte der Sparkassen, die ein dauerndes Steigen der Spareinlagen melden. Allerdings sind große Einlagebeträge selten, aber die kleinen Beträge desto reichlicher, und das ist recht erfreulich. So waren beispielsweise die von unserer Stadtsparkasse ausgegebenen Heimsparbüchsen schnell vergriffen und, während der kurzen Zeit des Fehlens weiterer Sparbüchsen wurden solche fortwährend angefordert. Wie uns nun von der Stadtsparkassenverwaltung mitgeteilt wird, sind weitere Sparbüchsen wieder eingegangen und können solche im Geschäftslokal während der Dienststunden entnommen werden. Es kann selbst während der schweren Zeit nicht genug darauf hingewiesen werden, auch die kleinste Münze, den Pfennig, wieder zu Ehren zu bringen; denn aus dem Pfennig wird schließlich auch eine Mark.

Roßleben. [Der Flugtag.] Am Sonnabend fand die flugpolizeiliche Besichtigung durch einen Beamten vom Schkeuditzer Flugplatz des von den Herren Landwirten Herbst, Meinicke und Frau Trautmann freundlichst als Startplatz zur Verfügung gestellten großen Wiesenplanes am Sockenhausswege im Riet statt. Es wurden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290416-10/fragment/page=0002

gegen die Benutzung des Platzes Einwendungen nicht erhoben, sodaß nunmehr das große sportliche Ereignis bestimmt am kommenden Sonntag stattfindet. Die erste Flugmaschine trifft, vom Schkeuditzer Flugplatz kommend, bereits am Freitagvormittag ein, um zunächst in der Mittagsstunde einige kurze Rundflüge, die sich voraussichtlich bis Nebra erstrecken werden, zu machen; in den Nachmittagsstunden des Sonnabend kommen dann weitere fünf Flugzeuge, die am Sonntag sämtlich aufsteigen, am Passagierflüge, Kunstflüge und sportliche Flugübungen auszuführen. Auch Fallschirmabsprünge aus dem Flugzeuge stehen auf dem Programm. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wird neben einem verstärkten Polizeiaufgebot ein Kommando der Freiw. Feuerwehr Dienst verrichten, ebenso wird die Freiw. Sanitätskolonne in Bereitschaft stehen. — Die Straße Roßleben—Wiehe soll für die Dauer der Schauflüge polizeilich gesperrt, der Durchgangsverkehr somit auf andere Straßen verwiesen werden.

— **Verbot des Tragens politischer Abzeichen im Dienst.** Das Tragen politischer Abzeichen während des Dienstes kann zu dessen Störungen und zu unliebsamen Auseinandersetzungen führen. Der Reichsinnenminister hat sich daher, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, veranlaßt gesehen, zur Aufrechterhaltung der dienstlichen Ordnung das Tragen derartiger Abzeichen (Hakenkreuze, Sowjetsterne, farbige Schleifen usw.) während des Dienstes durch einen Erlaß vom 16. März allgemein zu untersagen.

— **Veröffentlichung der Manifestanten-Listen.** Der Minister für Handel und Gewerbe gibt bekannt, daß auf Grund der allgemeinen Verfügung des Preußischen Justizministers vom 20. Februar d. J. über die Erteilung und Entnahme von Abschriften oder Auszügen aus den Schuldnerverzeichnissen nunmehr auch den amtlichen Berufsvertretungen die Befugnis zur Veröffentlichung von Eintragungen in das Verzeichnis der Offenbarungseidschuldner eingeräumt worden sei.

Reinsdorf b. B. Im Herbst vergangenen Jahres übernahm der Gutsbesitzer Lautenschläger das früher Dräßesche Gut und übergab dasselbe seinem Sohn zur Bewirtschaft. Dieser hat in dem aufs beste eingerichteten Gut kostspielige bauliche und wirtschaftliche Veränderungen ausgeführt, an denen er aber schließlich wenig Freude gehabt hat, denn am vergangenen Sonnabend hat er seinem Leben durch einen Schuß ein gewaltsames Ende gesetzt. Wirtschaftliche Gründe allein können es wohl kaum sein, die den kräftigen und gesunden Mann zu der unseligen Tat veranlaßt haben.

Bottendorf. Einen Genossenschaftsabend für ihre Mitglieder und geladene Gäste veranstaltete die Gewerbebank Roßleben, e. G. m. b. H., am vergangenen Freitag abend im Saale des „Gambrinus". Der Abend, umrahmt von Gesängen des Männergesangvereins Bottendorf unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Conrad und musikalischen Darbietungen der Sperberschen Kapelle, galt der Erläuterung und Vertiefung des Genossenschaftsgedankens. Der dichtbesetzte Saal zeugte von dem regen Interesse, das der Veranstaltung entgegengebracht wurde. Herr Verwaltungsdirektor Marquardt begrüßte mit herzlichen Worten die zahlreichen Gäste. Die großen Anforderungen, die heute nicht nur an Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe, sondern an die Allgemeinheit gestellt würden, dränge zum Zusammenschluß; der Gedanke dieses Abends sei, etwas über Geld- und Genossenschaftswesen zu erzählen. Herr Lehrer Albrecht hielt sodann einen kurzen Vortrag über den Genossenschaftsgedanken. In klarverständlicher Weise sprach er über die große Verbreitung der Genossenschaften in fast allen Ländern der Welt. Obgleich Deutschland mit seinen 52000 Genossenschaften — mit 9 Mill. Mitgliedern — im Genossenschaftswesen an erster Stelle stehe, sei der Genossenschaftsgedanke noch nicht genügend in die breite Masse des Volkes gedrungen. Mit kurzen Strichen zeichnet Herr Albrecht den Aufbau einer Genossenschaft und die Tätigkeit der einzelnen Glieder, und veranschaulicht dies näher an den Verhältnissen bei der Gewerbebank Roßleben. Der hohe Wert der Genossenschaft liege in der Zusammengehörigkeit und im Mitbestimmungsrecht der Mitglieder. Er schloß seine mit Interesse verfolgten Ausführungen mit dem Ausspruch:

Ständig in Reih und Glied,
Das Ganze zu verstärken;
Sieht man dich Einzelnen nicht,
Bist du doch drin mit deinen Werken.

Donndorf. Nunmehr ist endgültig bestimmt, daß die dritte Lehrerstelle an der hiesigen Schule abgebaut wird. Das bis jetzt gut bewährte Schulsystem, vier Klassen mit drei Lehrern, muß somit, durch die Verhältnisse gezwungen, fallen, sodaß künftig hier nur zwei Lehrer an einer dreiklassigen Schule unterrichtet werden.

Heldrungen. Zum Rektor unserer Schule ist der Mittelschullehrer Herr Kalle aus Hettstedt von der Regierung in Merseburg in Aussicht genommen. Der Schulvorstand gab seine Zustimmung.

Hettstedt. Furcht vor Vererbung. Hier erhängte sich der Schlosser Honigmann, dessen Vater seit acht Jahren in einer Irrenanstalt untergebracht ist. Der junge Mann hat jedenfalls die Tat in dem Glauben begangen, ihm könnte es ebenso wie seinem Vater ergehen, weil er des öfteren starke Kopfschmerzen hatte.

Ammendorf. Grubenunfälle. Zwei Unfälle, die glücklicherweise leichterer Art waren, ereigneten sich auf dem Abraumbetrieb der hiesigen Grube „Henriette". Ein Arbeiter, der mit noch zwei Kollegen neben den Schienen der Grubenbahn entlang ging, überhörte das Nahen eines Zuges und erhielt von der Lokomotive einen Stoß in den Rücken. Man brachte ihn ins Krankenhaus „Bergmannstrost". Einem anderen Arbeiter fiel um die gleiche Zeit beim Schienentransport eine Schiene auf das Bein.

Halle a. d. S. Verhinderter Selbstmord. Ein 31jähriger Mann warf sich an der Roten Brücke in Ammendorf in selbstmörderischer Absicht vor einen aus Halle kommenden Güterzug. Im letzten Augenblick wurde er durch Streckenarbeiter zurückgerissen. Er wurde in polizeiliche Verwahrung genommen.

Halle. Zum erstenmal wurde unter den zahlreichen Wilderern, die in den letzten Wochen von der Hallischen Kriminalpolizei festgenommen werden konnten, auch ein weiblicher Wilderer, eine Maurersfrau, verhaftet. Sie ist, wie sie bei der Vernehmung auf der Polizei erklärte, ihrem Manne, einem alten Wilderer, in der Schießkunst weit überlegen. Sie hatte in wenigen Minuten zwei Fasanen geschossen, geriet dann aber, als sie die Beute holen wollte, bis zu den Achseln in ein tiefes Sumpfloch. Ihr Mann konnte sie erst mühsam herausziehen. Bei ihren Pirschgängen trug sie das zerlegbare Jagdgewehr in einem altmodischen Regenschirm.

Gräfenhainichen. Bei den jetzt stattgefundenen Kommunalwahlen errangen die Bürgerlichen zehn Mandate, während die bisherige Linksmehrheit es nur auf zwei kommunistische und drei sozialdemokratische Mandate brachten. Die Demokraten gingen leer aus. Die Differenzen im Stadtparlament hatten mit dem Beschluß zur Durchführung des Wasserleitungsbaues begonnen, für den die bürgerlichen Vertreter den Zeitpunkt damals nicht gekommen hielten. Auch sah man voraus, daß mit der Summe des Kostenvoranschlages — 780000 Mark — der Bau nicht durchgeführt werden könnte. Trotz begründeter Eingabe genehmigte die Regierung das Projekt, ohne freilich irgend welche Mittel von sich aus zur Verfügung zu stellen. Bisher hat der Wasserleitungsbau die Summe von 1,6 Millionen, also das Zweifache der veranschlagten Summe bereits überschritten. Die bürgerlichen Stadtverordneten hatten nach Genehmigung des Baues durch die Regierung ihre Aemter niedergelegt, da sie die Mitverantwortung nicht mehr tragen konnten. Dazu wurden sie von der Regierung noch „bestraft". Im Dezember trat aber auch das Rumpfparlament zurück, da die Verantwortung für das Werk zu groß wurde. Die neue Stadtverordneten müssen nun das unglückselige Erbe antreten, das ihnen ihre Vorgänger hinterlassen haben. Die Finanzen der Stadt stehen bereits vor dem Zusammenbruch. Die Stadt ist mit Anleihen überlastet, so daß Bedenken bestehen, ob es überhaupt gelingen wird, die Stadt vor dem Konkurs zu retten.

Magdeburg. Verbrüht. Der Telegraphenarbeiter Bruno Tag, Umfassungstraße 14, verbrühte sich beim Umkippen eines Kessels mit kochendem Wasser die rechte Körperseite. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Berliner Ereignisse.

Hyäne der Großstadt.

Der bereits 15mal bestrafte Moritz Witt wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte abgeurteilt. Witt pflegte die Todesanzeigen durchzusehen und um die Stunde der Beisetzung, wenn die Angehörigen des Verstorbenen von Hause fort waren, bei den Hausangestellten anzurufen. Er teilte mit, daß die Wohnungsinhaber unterwegs verunglückt seien und er Ersatz für die beschädigten Kleidungsstücke der Verunglückten abholen solle. Witt wurde zu zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Unterwelt hat Beerdigungsfeier.

Auf dem Friedhof in der Berliner Straße in Reinickendorf-West waren etwa 1000 „Immertreu"-Leute bei der Beisetzung eines Führers der Ringvereine, des Lokalbesitzers Richard Jendecko, zugegen.

Dachstuhlbrand in Schöneberg.

Wegen eines Großfeuers wurde die Berliner Feuerwehr in der letzten Nacht nach dem Sachsendamm 65/66 in Schöneberg alarmiert. Dort stand bei Ankunft der Feuerwehr der Dachstuhl des Hauses in Flammen. Die Qualmentwicklung und die Hitze waren so groß, daß die Feuerwehr unter Benutzung von Atmungsapparaten und Gasmasken vorgehen mußte. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Der Dachstuhl ist vollständig niedergebrannt.

Flugzeug landet beim „Kreuz des Südens".

Hilfsaktion geglückt.

London, 14. April.

In der Nähe der Stelle, an der die vermißten Australien-England-Flieger gefunden wurden, ist ein Flugzeug gelandet, das Nahrungsmittel und Ausrüstungsgegenstände für die vier seit dreizehn Tagen von der Welt abgeschnittenen Flieger mitbrachte.

Man hofft, daß das „Kreuz des Südens" in der Lage sein wird, nach einer Ueberholung mit eigener Kraft die Flieger zurückzubringen. Der Leiter des Rettungswerkes hat nach Melbourne berichtet, daß die Zurückbringung der Besatzung noch mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Das vermißte Flugzeug des Fliegers Anderson und seine Begleiter konnten bisher noch nicht gefunden werden.

Ein guter Fang.

Drei internationale Taschendiebe verhaftet.

In einem Theater der Hamburger Innenstadt nahmen Beamte des Taschendiebstahlkommandos drei elegant gekleidete Männer fest, die sich während der Pause in einem künstlich hervorgerufenen Gedränge an einem Theatergast heranmachten.

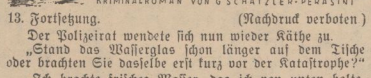
Es handelt sich angeblich um einen 30jährigen Rumänen, einen 38jährigen belgischen Diamantenaufkäufer und einen 38jährigen brasilianischen Brillantenhändler. Man vermutet, daß sie auch zahlreiche Diebstähle in Berlin auf ihrem Gewissen haben und daß sie zu einer Bande gewiegter internationaler Taschendiebe gehören.

Opfer des Orkans.

53 Tote, über 200 Verwundete in Arkansas.

Die Zahl der durch die Tornado-Katastrophe getöteten Personen hat sich nach den neuesten behördlichen Feststellungen auf 53 erhöht. Mehr als 200 Personen wurden verletzt. In Guion fand eine Abteilung der Staatsmiliz, eine Gruppe von 30 Personen auf, die sich in Kellerräume geflüchtet und sich dort 48 Stunden, von der Außenwelt abgeschnitten, aufgehalten hatten. Da sie in der Zwischenzeit keine Nahrung zu sich genommen hatten, waren sie stark erschöpft.

Der Riesenbau des Karstadt-Warenhauses am Hermannplatz in Berlin-Neukölln, der, kurz vor seiner Vollendung, am 11. 4. von einem gefahrdrohenden Brand heimgesucht wurde.



13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Der Polizeirat wendete sich nun wieder Käthe zu.

„Stand das Wasserglas schon länger auf dem Tische oder brachten Sie dasselbe erst kurz vor der Katastrophe?"

„Ich brachte frisches Wasser, das ich von unten holte, etwa zehn Minuten, bevor die gnädige Frau erschien. Inzwischen verließ ich das Zimmer aber nicht mehr!"

„Daraus ergibt sich, daß das Wasser erst vergiftet wurde, als das Kammermädchen gegangen war," sagte der Polizeirat. „Kaum zehn Minuten später ertönte bereits das Hilferufen. Wer hat in dieser kurzen Zeit das Schlafzimmer betreten und das Verbrechen verübt? Da die Unglückliche doch nicht sofort einschlief, sollte man meinen, es geschah vor ihren eigenen Augen."

Wendtland richtete sich empor. Er bot das Bild eines halbgebrochenen Mannes.

„Herr Polizeirat," stieß er hervor, „schon dieses erste Verhör hat meine Kräfte fast erschöpft. Ihre jetzige Kombination aber bringt mich an den Rand der Verzweiflung. Ein Mord unter solchen Umständen ist gar nicht denkbar. Ist der Selbstmord nicht viel wahrscheinlicher? Ersparen Sie meinem Hause diesen neuen furchtbaren Skandal!"

Brummer machte eine bedauernde Bewegung.

„Ich kann nicht, Herr Kommerzienrat," sagte er. „Da nur etwa zehn Minuten Zeit in Frage kommen, wäre Selbstmord anzunehmen. Durch die letzten Worte Ihrer Gemahlin aber wird bewiesen, daß sie gar nicht ans Sterben dachte, sondern eine fremde Hand während dieser wenigen Minuten das Gift in das Wasser warf. Diese Hand zu entdecken, wird Sache der Kriminalpolizei sein. Ich schließe hiermit das Protokoll!"

Weitere zehn Minuten vergingen und die Polizeibeamten hatten die Villa des Kommerzienrates verlassen. Auf dem Rückwege beorderte Brummer den im Parke postierten Polizisten zu Doktor Friedenau, um so rasch wie möglich auch dessen Ansicht zu hören.

IV.

Am Nachmittag desselben Tages erschien der Oberstaatsanwalt mit dem Polizeirat und einem weiteren Beamten noch einmal in der Villa Wendtlands.

Im Gegensatz zu dem etwas rüdsichtslos vorgehenden Polizeirat behandelte Herr von Storm die Angelegenheit in äußerst diskreter Weise. Er nahm die Leiche in Augenschein, studierte den Ort, die Lage der verschiedenen Zimmer und gewährte dann sogar Wendtland eine kurze Unterredung unter vier Augen.

Zwar ärgerte sich der Polizeirat, aber solange seine eigenen Maßnahmen nicht etwa aufgehoben wurden, konnte er nichts machen.

Die Tatsache eines Verbrechens blieb bestehen, allein der Oberstaatsanwalt hatte Wendtland zugesichert, daß zunächst die ganze Untersuchung geheimgehalten werden solle.

Wendtland hatte für sich schon zu Lebzeiten auf dem alten, städtischen Friedhofe ein kleines Mausoleum, in die Mauer des Gottesacker hineinragend, bauen lassen. Der einer ganz kleinen Kirche ähnliche Raum war noch leer. Hier sollten einst die sterblichen Ueberreste Wendtlands und seiner Gemahlin ruhen.

„Es ist mir ein furchtbarer Gedanke, mein Weib von den Messern der Aerzte zerstückelt zu sehen!" rief er in höchster Erregung „Ein Gedanke, der nie mehr von mir weichen würde, sondern sich in mein Hirn eingräbt und mich schließlich wahnsinnig machen muß!"

Die klaren und mit der Notwendigkeit belegten Einwendungen Herrn von Storms blieben ohne Wirkung. Der Oberstaatsanwalt fand schließlich einen Ausweg, der ihn nicht mit seiner amtlichen Pflicht in Konflikt brachte. Der Sarg mit Frau Wendtlands Leiche stand ja in dem Mausoleum und konnte auch nach der Beisetzung jede Stunde von der Staatsanwaltschaft requiriert werden.

Der im Glase enthaltene Giftstoff war bereits chemisch untersucht. Es war wirklich ein neues Gift, aus verschiedenen Mineralien zusammengesetzt. Die Herstellung war Geheimnis des unbekannten Erfinders. Die Gerichtschemiker stellten fest, daß in das Wasser vermutlich ein Pulver geschüttet wurde, welches sich sofort wasserklar auflöste. Der Geschmack auf der Zunge war nur ganz mäßig süßlich, fiel aber nicht einmal sonderlich auf. Aber auch in Form einer flüssigen Lösung wirkte das Gift. Nachdem das zurückgebliebene Wasser im Glase etwas verdampft war, spritzten die Aerzte einem Versuchstier den Giftstoff unter die Haut. Die Wirkung bestand in krampfhaften Zuckungen, die dann aber plötzlich nachließen. Gleich darauf trat anscheinend der Tod ein. Aber schon nach einer Stunde kehrte wiederum das volle Bewußtsein zurück und das Tier, eines der üblichen Meerschweinchen war so munter als wie zuvor. Ein erneuter Versuch führte trotz der doppelten Einspritzung, ganz zu demselben Resultat. Der Giftstoff war also, im Wasser aufgelöst, zu schwach für solche Experimente.

Die Natur des neuen Giftes war den Gerichtsärzten ja nun bekannt — oder sie glaubten dies wenigstens — die Obduktion konnte deshalb einige Tage aufgeschoben werden, bis sich Wendtland beruhigt hatte.

Mit diesem Bescheide verließ der Oberstaatsanwalt die Villa. Wortlos blieb der Kommerzienrat zurück. Die gerichtliche Untersuchung war mit dem größten Eifer, aber ganz im Geheimen betrieben. Sie erstreckte sich naturgemäß auf die eigentlichen Familienverhältnisse der Toten.

Von Wendtland erhielt man wenig Auskunft. Ein findiger Detektiv brachte bereits am zweiten Tage heraus, daß die seit zwei Jahren verhältnisse Elly Wendtland von dem Kommerzienrat mitgebracht wurde, als derselbe eine längere Reise ins Ausland machte. Beide waren bereits vermählt. Die Heirat geschah in Kopenhagen, und die junge Frau stammte wohl aus Schweden. Sie nannte sich Elly Grannier, ihre Schwester, welche das jungvermählte Paar begleitete, Eleonore Walden. Es mußten Stiefschwestern sein.

Der Detektiv stellte fest, daß weder Elly noch Eleonore Vermögen hatten, wahrscheinlich auch keine Familie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290416-10/fragment/page=0003

Der englisch-amerikanische Zukunftskrieg.

Aus den für den politischen Chronisten überaus aufschlußreichen Memoiren des früheren amerikanischen Botschafters am Hofe von St. James, W. H. Page, der, stark unter englischem Einfluß stehend, seine ganze Kraft aufbot, um den damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, zum Eintritt Amerikas in den Krieg zu bestimmen, haben wir einige, auch für die heutige Politik noch aktuelle, Argumente kennen gelernt, aus denen heraus die Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem großen Völkerringen schließlich zur vollzogenen Tatsache wurde. „Ein Sieg Englands oder Deutschlands ohne amerikanisches Zutun", so etwa predigte der damalige amerikanische Botschafter unausgesetzt seinem Präsidenten, „würde Amerika von der Teilnahme an den großen Weltfragen sozusagen ausschalten. Wenn wir einem durch die Opfer des Krieges geschwächten England schließlich zum Siege verhelfen, dann werden die Vereinigten Staaten die einzig Mächtigen, dann werden wir die Herren der Meere sein". Betrachtet man diese Prophezeiung Pages unter dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen Weltgeltung Amerikas, so muß man zugeben, daß sie sich voll und ganz erfüllt hat. Was aber ihren Inhalt bezüglich der Herrschaft auf den Weltmeeren angeht, so haben sich die Dinge ganz, ganz anders entwickelt, als der amerikanische Diplomat es voraussah.

Die Rivalität zur See zwischen den Vereinigten Staaten und dem englischen Weltreich, die in diesen Tagen wiederum einen der Hauptbinderungspunkte für ein ersprießliches Arbeiten der vorläufigen Abrüstungskommission des Völkerbundes bildet, ist — wir dürfen die Augen vor dieser Tatsache keineswegs verschließen — eine der mächtigsten Gefahren, die jetzt und in der nächsten Zukunft den Weltfrieden bedrohen. Zu dem alten Streit über die „Freiheit der Meere", bei dem England diesen oft mißbrauchten Begriff einfach mit seiner althergebrachten Alleinherrschaft auf dem weltumspannenden Ozean identifizierte, während Amerika in ihm einen Bundesgenossen seiner, seit den Unabhängigkeitskriegen ständig aufwärts strebenden Macht sah, sind mit der Zeit zahlreiche Reibungspunkte hinzugetreten, die dem europäischen Publikum nicht immer in ihrer ganzen Tragweite bewußt werden. Wenn die Matrosen der amerikanischen Kriegs- und Transportschiffe bei ihrer Heimkehr von den Schlachtfeldern Europas, während des Aufenthaltes in englischen Häfen, nach lustiger Soldatenart, aber mit tieferem Sinn im leichten Wort, drei große W. an die Bordwände ihrer Schiffe schrieben („We won the war", zu deutsch: Wir haben den Krieg gewonnen), und wenn dann ihre englischen Kollegen in ebenso sichtlicher Größe die Außenwand ihrer Dampfer mit den Worten „But we did it!" (Aber wir haben ihn durchgekämpft!) schmückten, so kommt in diesem kleinen Zug aus dem Leben klar zum Ausdruck, mit welcher Stärke sich das hochgetriebene und übersteigerte Selbstgefühl amerikanischen Machtbewußtseins mit dem traditionellen Stolz britischer Weltherrschaft täglich und überall von der kleinsten Kleinigkeiten des laufenden Betriebs bis zu den größten Fragen der internationalen Politik, vor Europa bis zu den fernsten Winkeln Asiens stoßen.

Es ist überflüssig, hier nochmals an Hand der historischen Entwicklung zu schildern, wie alle Versuche, auf dem Wege einer Rüstungsbeschränkung zur See der immer weiter keimenden englisch-amerikanischen Rivalität ihre Gefahrenpunkte zu nehmen, immer wieder gescheitert sind. Die Resultate der mit großen Hoffnungen eröffneten Washingtoner Konferenz, die dem Buchstaben nach heute noch eingehalten werden, haben sich als vollkommen unzulänglich erwiesen, da sie gewisse, nach dem Stand der modernen Marinestrategie gerade besonders wichtige Typen und Gattungen nicht berührten und das Wettrüsten so eher beschleunigten, als daß sie ihm ein Ziel gesetzt hätten. Und es steht zu befürchten, daß auch die von Senator Borah angeregte neue Konferenz zur Klärung gewisser, auf die „Freiheit der Meere" bezüglicher Rechte der Kriegführenden und der Neutralen in Kriegsfall, die Atmosphäre nicht entgiften wird. Kanada, von dessen Vermittlertätigkeit als Grenzland der Vereinigten Staaten und als besonders mächtiges Dominion des britischen Weltreiches man sich in manchen Kreisen Einiges versprochen hatte, scheidet für diese, zwar schwierige aber, wenn sie glückte, ganz besonders dankbare Rolle des Friedensstifters immer mehr aus, seitdem durch Zwischenfälle wie die Beschießung des Dampfers „I'm alone" durch Zollkutter der Bundesflotte jenseits der Grenze der amerikanischen Hoheitsgewässer, und durch die sich aus der strengen Anwendung der Prohibitionsgesetze an der langen kanadisch-amerikanischen Grenze fast täglich ergebenden peinlichen Streitigkeiten, die Stimmung zwischen Washington und Ottawa eine immer gespanntere geworden ist.

In einem großen Teil der ausländischen Presse hat seit einiger Zeit eine auffallend einheitliche Propaganda eingesetzt, die davor warnt, die grauenhaften Kampfformen und die entsetzlichen Folgen eines Zukunftskrieges immer wieder aufzuzeigen oder gar nur die für das Zustandekommen eines solchen Zukunftskrieges bestehenden Gefahren des öfteren zu erwähnen. Denn, heißt es in derartigen Artikeln, statt von einem neuen Kriege abzuschrecken, würde auf diese Weise der Gedanke an die Unabwendbarkeit neuer Feindseligkeiten in der Weltmeinung unlösbar verankert und ein Zukunftskrieg eher heraufbeschworen, als unmöglich gemacht. Wir halten eine solche Auffassung für ebenso wenig allgemeingültig, wie den vor dem Weltkrieg so überaus populären Satz „Si vis pacem, para bellum" (wenn du den Frieden willst, so bereite den Krieg vor). Man hat nicht umsonst gesehen, wohin das törichte Nachbeten solcher Allgemeinplätze die Menschheit geführt hat. Den Greueln und den entsetzensvollen Stunden neuer kriegerischer Verwicklungen — mögen sie sich vorbereiten, wo sie wollen — kann nur vorgebeugt werden, indem der Friedenswille all überall in der Welt in unablässiger aufklärender Arbeit gekräftigt wird. Solche Aufklärung wird man aber nicht erreichen können, wenn man mit Scheuklappen durch die Welt geht und vor den effektiven Gefahren der englisch-amerikanischen Rivalität zur See schamvoll einen undurchsichtigen Schleier ausbreitet.

Kein Vorschlag Hoovers in Genf.

Es ist also nichts mit dem „Flotten-Locarno".

♂ **Neuyork**, 14. April.

Während die amerikanische Presse die Abrüstungs-Denkschrift des Grafen Bernstorff groß aufzieht, wird aus der Umgebung Hoovers gemeldet, daß der amerikanische Vertreter für die Genfer Abrüstungstagung keineswegs ermächtigt sei, offiziell oder inoffiziell auf Verhandlungen hinzuarbeiten, die eine neue Seeabrüstungskonferenz herbeiführen könnten. Präsident Hoover stehe fest auf dem amerikanischen Standpunkt des Jahres 1927 und der September-Note Kelloggs an England und Frankreich. Die Lage sei unverändert. Amerika werde keine neuen Vorschläge machen. England müsse von sich aus schon mit sehr greifbaren Angeboten kommen.

Die obige Erklärung stellt die Antwort auf die Londoner Meldungen dar, wonach Hoover die Aufstellung eines Abrüstungsprogramms mit einem „Flotten-Locarno" beabsichtige.

Das Defizit der „Pressa".

Ein und eine halbe Million Mark.

= **Köln**, 14. April.

Wie das „Kölner Tageblatt"" berichtet, beziffert sich der endgültige Fehlbetrag der Internationalen Presseausstellung Köln 1928 auf 800 000 Mark auf Konto der Presse in engerem Sinne.

Dazu treten noch nicht berücksichtigte Forderungen technischer Betriebsabteilungen für Lieferungen bezw. Arbeiten im Betrage von 700 000 Mark, so daß sich der Brutto-Fehlbetrag auf 1½ Millionen Mark beläuft. Dazu sind natürlich nicht einbegriffen die Dauerbauten mit 18 Millionen Mark, die mit zehn Jahresraten zu 1,8 Millionen Mark in den Haushalt der Stadt Köln eingesetzt werden.

Mit Messern und Stühlen.

Blutiger Verlauf einer Parteiversammlung.

In Rothenburg ob der Tauber fand eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Als Redner war der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Högnel aufgestellt. Als weitere Redner hatten sich auch mehrere nationalsozialistische Abgeordnete gemeldet.

Aus bisher unbekannten Ursachen entstand plötzlich ein Streit, der schließlich in eine regelrechte Schlacht ausartete. Mit Stühlen, Biergläsern und sogar mit Messern stürzten die Gegner aufeinander los, wobei eine große Anzahl der Versammlungsteilnehmer schwere Verletzungen erlitt. Durch das Dazwischentreten der Parteileitung gelang es schließlich, die Ruhe wiederherzustellen. Auf der Straße aber setzte sich der Kampf weiter fort und wiederum wurden mehrere Personen schwer verletzt. Wer den Anlaß zu dem blutigen Zwischenfall gegeben hat, muß erst die polizeiliche Untersuchung ergeben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

Mitgeteilt von der Girozentral-Kommunalbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse Nebra a. U.

Während die Reichsbank am Quartals-Ultimo noch im Zeichen der Reichskassenknappheit stand und eine Steigerung der Ausleihungen um 771 Millionen Mark zu verzeichnen hatte, zeigte der Ausweis am 6. April eine geringe Abnahme der Ausleihungen um 99 Mill. auf 2398 Mill. Mark. Ebenso hat der Goldbestand um 103 Mill. abgenommen, während das Golddepot im Auslande auf 140,94 Mill. (Ende März 129,75 Mill.) gestiegen ist. Der Geldumlauf ging um ca. 223 Mill. Mark zurück. Die Deckung der Noten durch Gold allein hat eine Zunahme von 55,6 auf 58%, die durch Gold und deckungsfähige Devisen von 56,4 auf 58,8% erfahren. — Die Einfuhr Deutschlands aus den europäischen Ländern ist 1928 erheblich, die aus Amerika in nicht ganz so starkem Maße zurückgegangen; dagegen hat sich die Einfuhr aus Afrika und den asiatischen Ländern erhöht. — Wenngleich die Beschäftigung sich in den einzelnen Zweigen des deutschen Maschinenbaues etwas gebessert hat, so bleibt infolge des Zurückbleibens des Frühjahrsgeschäftes die Lage im großen und ganzen unbefriedigend. Eine leicht gebesserte Nachfrage ist in landwirtschaftlichen und Bau-Maschinen und in der Industrie elektrischer Maschinen und Motoren zu verzeichnen. Gewisse Besserung erwartet man vom Schiffsmaschinenbau. Der Stahlwerksverband berichtet, daß im März im allgemeinen im Inlandsgeschäft keine wesentlichen Aenderungen eingetreten sind, wohingegen die stärkere Nachfrage aus dem Ausland angehalten hat und der Auslandsversand wieder im vollen Umfange aufgenommen wurde. Der Absatz im Bergbau besserte sich, in der Eisenindustrie war die Nachfrage nach einigen Erzeugnissen lebhafter. Die Lage der Textilindustrie wie die der Automobilindustrie ist nach wie vor gedrückt. In der elektrotechnischen Industrie herrscht starke Zurückhaltung, nur die chemische Industrie konnte ihren befriedigenden Stand aufrecht erhalten. Im Warenhandel wirkt sich die rückläufige Konjunkturbewegung noch nicht in einer allgemeinen Umsatzverminderung aus. Im Vergleich zum Januar 1928 betrug die Steigerung der Gesamtumsätze 5%. Das Frühjahrsgeschäft im Textilgroßhandel hat lebhaft eingesetzt und zu einer Steigerung der Umsätze geführt. Die Geschäftslage des Handwerks hat sich gegen den Vormonat leicht belebt. Im allgemeinen wird in den Berichten der preußischen Industrie- und Handelskammern festgestellt, daß die Wirtschaftslage nach wie vor ungünstig ist. — Am Devisenmarkt konnten sich die Kurse der meisten Hauptvaluten im Laufe dieses Monats leicht erholen. Stärker befestigt waren besonders die Auszahlungen Amsterdam und London, daneben auch Kopenhagen und Zürich. Allerdings ging der Kurs des englischen Pfundes in den letzten Tagen geringfügig zurück. Etwas schwächer lagen die Auszahlungen Stockholm und Mailand. Die Auszahlung Madrid mußte sich einen größeren Kursabschlag gefallen lassen. — Die anfänglich durch die Ultimoabwicklung am Geldmarkt bestehende Anspannung hat jetzt wieder einer leichteren Auffassung Platz gemacht. Tägliches Geld ist angeboten, auch Termingelder sind wieder leichter erhältlich. Der Privatdiskont erfuhr eine Ermäßigung von 6½ auf 6⅜% für beide Sichten.

Bekanntmachung.

Im Nachgange zu der Bekanntmachung vom 8. April d. Js. wird darauf hingewiesen, daß die Bürgerlisten zu der am 26. Mai d. Js. stattfindenden Stadtverordnetenwahl **am Sonntag, den 21. und 28. April d. Js. nur in der Zeit von 11 bis 12 Uhr** zur Einsichtnahme im Magistratsbüro (Zimmer Nr. 3) ausliegen.

Nebra, den 13. April 1929

Der Magistrat. Stattmann.

Bekanntmachung.

(Betrifft Stadtverordnetenwahl.)

Die am 26. Mai d. Js. stattfindende Stadtverordnetenwahl ist endgiltig. Eine nochmalige Wahl an dem voraussichtlich im Herbst d. Js. stattfindenden allgemeinen Gemeindewahltag braucht nicht vorgenommen zu werden.

Nebra, den 15. April 1929

Der Magistrat. Stattmann.

Das hausärztliche Volksbuch von Weltruf:

„Die Frau als Hausärztin"

Von Dr. med. Anna Fischer-Dückelmann

Ein Ratgeber in gesunden und kranken Tagen nach den Grundsätzen der modernen Naturheilkunde, neu bearbeitet von Dr. med. Hans Behrend, dritte Million-Jubiläums-Ausgabe, gut gebunden **nur RM. 25.—**

Buchhandlg. Scharf.

Ein großer Spiegel und Bettstelle

zu verkaufen.

Feldstraße 18.

Spielkarten

u. Skattabellen

hält vorrätig

Buchhandlg. **Walter Scharf.**

Französisch

übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene

Le Traducteur

Fanzös.-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt.

Probenummer kostenlos durch den

Verlag des **Traducteur** in **La Chaux-de-Fonds** (Schweiz).

Am 14. April entschlief nach langen, schweren Leiden unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwieger-, Grossmutter und Schwester

Frau Emilie Schwarz, geb. Viencenz

im Alter von 77 Jahren.

Im tiefen Schmerz

Emilie Koch, **Olga Springer**, **Otto Koch** — als Töchter

Franz Springer, **Heinz Springer**, — als Schwiegersöhne

Ida Höschel, als Schwester.

Hannover, Hindenburgstr. 42, April 1929.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290416-10/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 45 — Dienstag, den 16. April 1929 — 42. Jahrgang

Nochmals: Unannehmbar!

Memorandum der alliierten Sachverständigen. — Werden die Forderungen veröffentlicht? — Die Phantasiezahlen sind geblieben. — Owen Young schweigt.

Paris, 14. April.

Gestern mittag fand nach einwöchentlicher Pause wieder eine Vollsitzung der Reparationssachverständigen statt, in der die Alliierten eine Denkschrift vorlegten, die das Ergebnis ihrer langwierigen Beratungen darstellt. Im Anschluß an die Bekanntgabe der Denkschrift entspann sich eine anderthalbstündige lebhafte Debatte. Man sprach u. a. auch darüber, ob die Denkschrift veröffentlicht werden soll. Die deutschen und französischen Vertreter sprachen sich für die Veröffentlichung aus, doch konnte noch keine Einigung hierüber herbeigeführt werden. Erst am Montag wird in einer Vollsitzung ein Beschluß über die Veröffentlichung gefaßt.

Hierzu verlautet noch, daß die Denkschrift nicht an die deutsche Delegation gerichtet war und auch kein Ultimatum vorstellt. Ferner wird betont, daß der amerikanische Delegierte Owen Young in keiner Weise seine Zustimmung zu dem alliierten Memorandum gab. Die in dem Memorandum genannten Ziffern liegen, wie versichert wird, nicht viel niedriger als die, die in voriger Woche von den Alliierten verlangt wurden. Sie sind sogar noch höher als die Zahlen, die gestern von der französischen Presse genannt worden sind.

Unter diesen Umständen kann kein Zweifel daran sein, daß auch die neuen Vorschläge der Alliierten von deutscher Seite abgelehnt werden. Schon die französische Presse nannte Jahreszahlungen von 1.7 Milliarden, die sich innerhalb 37 Jahren auf 2.4 Milliarden steigern sollten. In den dann folgenden 21 Jahren sollten wieder 1.7 Milliarden entrichtet werden. Auch diese Zahlen sind für Deutschland undiskutabel und wenn nun gar die Ziffern noch höher sind, dann ist auf eine Einigung nicht zu hoffen.

Als wesentliches Moment muß jedoch hervorgehoben werden, daß der amerikanische Delegierte Owen Young offenbar ziemlich deutlich von den alliierten Forderungen abrückte. Auf diese Weise schaffte er sich die Möglichkeit, eine Vermittlung anzubahnen. Hier dürfte sich der einzige Ausweg zeigen, um die Reparationskonferenz vor dem Scheitern zu bewahren.

Beratung in Washington.

Hoover, Mellon und Stimson besprachen die Denkschrift.

Neuyork, 14. April.

Präsident Hoover besprach eingehend mit dem Staatssekretär des Aeußern Stimson und dem Sekretär des Schatzamtes Mellon die von den alliierten Sachverständigen in Paris überreichte Denkschrift. Sie erörterten auch die möglichen Auswirkungen der Denkschrift.

Wie weite Finanzkreise Amerikas über das Ergebnis der Pariser Verhandlungen denken, zeigt u. a. ein Leitartikel des Journal of Commerce, in dem treffend ausgeführt wird: Man könne, ganz gleich wie auch der technische Ausgang in Paris sein möge, die Konferenz als ausgesprochenen Mißerfolg bezeichnen. Es ist bemerkenswert, daß das Journal of Commerce auch mit dem Bericht Parker Gilberts scharf abrechnet. Niemand in Deutschland habe diesen Bericht akzeptiert, und durch die Analyse Dr. Schachts seien heute auch die meisten Außenstehenden davon überzeugt, daß dieser Bericht nicht zu rechtfertigen sei. So wie die Dinge jetzt lägen, müsse Deutschland, wenn es weiter bezahlen solle, im Auslande weiter borgen.

Noch 14 Tage?

Der „Intransigeant" will aus Kreisen der italienischen Sachverständigen erfahren haben, daß man noch mit einer etwa 14tägigen Dauer der Sachverständigenkonferenz rechnet.

Die neuen Minister ernannt.

Guerard, Stegerwald und Wirth.

Berlin, 14. April.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Koch-Weser auf seinen Antrag aus dem Amt des Reichsministers der Justiz entlassen und den Reichsminister a. D. von Guérard, M. d. R., zum Reichsminister der Justiz ernannt. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den preußischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Stegerwald, M. d. R., zum Reichsverkehrsminister und den Reichskanzler a. D. Dr. Wirth zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannt.

Theodor von Guérard

wurde am 29. Dezember 1863 in Koblenz geboren, studierte Rechts- und Staatswissenschaft an den Universitäten Freiburg, Bonn und Berlin. Von 1898 bis 1905 war er als Landrat des Kreises Monschau tätig. Seit 1920 gehört v. Guérard als Mitglied der Zentrumspartei dem Reichstag an, deren Fraktionsvorsitz er an Stelle von Marx bis 1928 innehatte. Im Kabinett Müller von 1928 übernahm er das Reichsverkehrsministerium, aus dem ihn das Zentrum bekanntlich zurückzog.

Um die Gewerbesteuer.

Man wartet auf die Abstimmung.

Berlin, 14. April.

Der interfraktionelle Ausschuß des Preußischen Landtages befaßte sich mit der Frage, was geschehen soll, wenn sich am kommenden Dienstag im Landtag keine Zweidrittelmehrheit für die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe finden würde. Da der Staatsrat gegen das Gesetz Einspruch erhoben hat, würde das Gesetz bei nicht ausreichender Mehrheit fallen. Eine Entscheidung traf der Ausschuß noch nicht, da er die Abstimmung abwarten will. Es ist daher noch nicht geklärt, ob die Staatsregierung eine Notverordnung erlassen wird.

Im Landtag hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei für den Fall der Annahme des Gewerbe- und Berufssteuergesetzes einen Antrag eingebracht, die Steuerzuschläge, auch soweit sie schon festgesetzt sind, entsprechend den zu erwartenden Erträgen aus der Heranziehung der freien Berufe zur Gewerbesteuer herabzusetzen; ferner für die freien Berufe eine Freigrenze von 6000 Mark festzusetzen und im Gesetze eine scharfere Abgrenzung des Begriffs der freien Berufe anzustreben.

Die Vollsitzung.

In der Vollsitzung des Preußischen Landtages wurde die Beratung des Vergetats fortgesetzt. Die Aussprache ergab keine wesentlich neuen Momente. Der Handelsminister betonte, daß Zerstörungen der Landschaft durch den Tagebau durch Aufforstungen wieder beseitigt würden. Die Abstimmungen sollen am 16. April vorgenommen werden.

Leuchtzeichen für die Abgeordneten.

Im Preußischen Landtag wird in der kommenden Woche die schon seit einigen Monaten geplante Neueinrichtung zur Einführung gelangen, wonach Abgeordnete, die am Fernsprecher verlangt werden, durch besondere Leuchtzeichen aufmerksam gemacht werden sollen. In den Wandelhallen sind an vier verschiedenen Stellen Tafeln angebracht, auf denen Nummern aufleuchten. Jedem Abgeordneten ist eine bestimmte Nummer zugewiesen worden.

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau

Die Arbeiter forderten Lohnerhöhung, die Zechen Lohnabbau.

Essen, 14. April.

In Essen fanden Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden zur Regelung der Lohnordnung des Manteltarifs und der Arbeitszeit statt. Nach einleitender Ansprache des Vorsitzenden Bergwerksdirektor Wiskott unterbreiteten die Bergarbeiterverbände ihre Lohnforderungen. Sie forderten u. a. eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Schicht für Vollarbeiter.

Nach eingehender Aussprache, in der man aber zu keinem Ergebnis gelangte, gab dann der Zechenverband seine Forderungen zur Lohnregelung bekannt, die u. a. Abbau der jetzigen Löhne um 5 v. H. vorsehen. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände lehnten die Forderungen geschlossen ab. Die Bergarbeiterverbände haben den Schlichter angerufen. Die Schlichtungsverhandlungen werden voraussichtlich am 22. April stattfinden.

Abstimmungen im Preußischen Landtag.

Anträge zum Etat des Justiz- und Finanzministeriums.

Berlin, 13. April.

Im Preußischen Landtag wurde am Freitag über die vorliegenden Anträge zu den Haushalten des Justiz- und Finanzministeriums abgestimmt. Dabei fanden Anträge Annahme, die u. a. die Einschränkung der Eidesleistung, Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens im Strafprozeß, eine Reform der Untersuchungshaft fordert. Angenommen wurde ferner der Antrag der Wirtschaftspartei, wonach der Rechtsanwalt als Berater und Vertreter von jedem Gericht und jeder Behörde anerkannt werden soll. Abgelehnt wurde dagegen der Antrag der gleichen Partei auf Zulassung der Rechtsanwälte zur Vertretung vor den Arbeitsgerichten. Ablehnung fand ferner, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 31 Stimmen, der Antrag, das Höchstalter der Richter auf 68 Jahre vermittels eines neuen Gesetzes festzulegen.

Die beim Haushalt des Finanzministeriums angenommenen Anträge verlangen u. a. einen Gesetzentwurf, der die Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger regelt, sowie Beschränkung der Reisen staatlicher und kommunaler Beamten für die dringlichsten Fälle verlangt. Damit waren die Abstimmungen zum Haushalt des Finanzministeriums und Justizministeriums beendet.

Die Aenderung des Kirchensteuerrechts.

Preußischer Landtag über den Bergbau.

Berlin, 13. April.

Der Preußische Landtag verabschiedete am Freitag ohne wesentliche Aussprache die Gesetzesentwürfe zur Aenderung des Kirchensteuerrechts der evangelischen Landeskirchen sowie der katholischen Kirchengemeinden und Gemeindeverbände in der dritten Lesung und der Schlußabstimmung.

Darauf wurde die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Haushalts der Bergverwaltung fortgesetzt. Hierzu war von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Splitterparteien ein Antrag eingegangen, wonach in den diesjährigen Haushalt der Bergverwaltung eine Statsbeihilfe in Höhe von 1 400 000 Mark eingesetzt werden soll. Diese soll für den notleidenden Eisenbergbau des Sieg-, Lahn- und Dillgebietes verwendet werden, und zwar in der Weise, daß ein Zuschuß bis zur Höhe von 50 Pfennigen je Tonne des ab 1. April 1929 abgesetzten Eisenerzes gewährt werden soll.

Verhandlungen statt Streik.

Vorläufig keine akute Gefahr bei der Reichsbahn.

Dresden, 12. April.

Der Bezirksvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands für die Reichsbahndirektionsbezirk Sachsen hat unter Beteiligung der Bevollmächtigten aus ganz Sachsen zu dem Beschlusse der Spitzenorganisation, nochmals einen Verständigungsversuch zu unternehmen, Stellung genommen. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung wird erwartet, daß die neuen Verhandlungen schnellstens abgeschlossen werden. Die geschäftsführende Bezirksleitung wird beauftragt, den Verbandsvorstand in Berlin nachdrücklichst auf die in Sachsen bestehende äußerst gespannte Lage aufmerksam zu machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290416-10/fragment/page=0005